

Hans-Dietrich Genscher und die Sowjetunion 1985–1989. Perzeption und Politik

„Unsere Devise kann nur lauten: Nehmen wir Gorbatschow ernst, nehmen wir ihn beim Wort!“¹ Mit diesem bekannten Satz beendete Hans-Dietrich Genscher am 1. Februar 1987 seine Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos. Diese Rede muss in doppelter Weise eingeordnet werden: zum einen in die Perzeption Gorbatschows und seiner Politik durch das Auswärtige Amt und seinen langjährigen Minister und zum anderen in die parteipolitische Debatte über Gorbatschow in der Bundesrepublik.² Denn in beiden Zusammenhängen, die es im Folgenden zu beleuchten gilt, spielte Genscher eine zentrale Rolle. Dabei gibt die Chronologie die Gliederung vor: Erstens geht es um die Wahrnehmung Gorbatschows und der Sowjetunion durch das Auswärtige Amt und Genscher im Jahre 1985, um, zweitens, den 1986 erfolgten Perzeptionswandel bei dem Außenminister darstellen zu können. Im Zentrum steht, drittens, die Entstehung und Wirkung der Rede von Davos. Viertens wird thematisiert, wie Genscher zur sowjetischen Führung zwischen 1986 und 1988 politisches Vertrauen aufbaute, und fünftens, wie der Außenminister mit seiner Gorbatschow-Perzeption und die öffentliche Meinung bei der Umsetzung von zwei politischen Vorhaben der Bundesregierung in den Jahren 1988 und 1989 zusammenwirkten.

I.

Als Gorbatschow am 11. März 1985 als neuer Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) installiert wurde, war er im Auswärtigen Amt kein Unbekannter. Dort zählte er bereits unter dessen seit Februar 1984 amtierenden, äußerst gebrechlichen Amtsvorgänger Konstantin Tschernenko zum engeren Führungskreis; ob er dessen Nachfolge antreten

1 Rede vor dem „World Economic Forum“ in Davos, 1.2.1987. In: Hans-Dietrich Genscher: Unterwegs zur Einheit. Reden und Dokumente aus bewegter Zeit. Berlin 1991, S. 137–150, hier S. 150.

2 Zur Meinungsbildung und zur Debatte über Gorbatschow in der Bundesrepublik und der DDR vgl. Hermann Wentker: Die Deutschen und Gorbatschow. Der Gorbatschow-Diskurs im doppelten Deutschland. Berlin 2020.

würde, war jedoch unklar.³ Einen sehr viel höheren Bekanntheitsgrad erlangte Gorbatschow, nicht nur im Auswärtigen Amt, durch seinen Besuch in London im Dezember 1984, in dessen Verlauf Premierministerin Margaret Thatcher in einem BBC-Interview sagte: „I like Mr. Gorbachev. We can do business together.“⁴ Das Sowjetunion-Referat im Auswärtigen Amt nahm dessen Werben um Großbritannien und Westeuropa wahr, betonte aber, dass seine Rede vor dem Unterhaus „in der Substanz nichts Neues“ gebracht habe. Insgesamt habe Gorbatschow „aufgrund seines sachlichen, ruhigen Auftretens [...], aufgrund seiner Persönlichkeit, seiner wachen Präsenz, seinem politischen Geschick und seiner Fähigkeit, sich frei und losgelöst von politischen Sprachregelungen zu äußern, in Großbritannien beeindruckt“.⁵

Damit im Einklang stand eine erste Einschätzung nach dessen Amtsantritt, die hervorhob, dass er mit seinem Auftreten „nicht mehr dem traditionellen Bild des sowjetischen Apparatschiks“ entspreche und eine Modernisierung seines Landes anstrebe. Als einen „Liberalen“ wollte der stellvertretende Leiter des Sowjetunion-Referats, Michael Libal, Gorbatschow allerdings nicht bezeichnen, da er dazu neige, „Reformen von oben mit Disziplin von unten zu verknüpfen“.⁶ Der Ablösung des seit 1957 amtierenden Außenministers Andrei Gromyko durch den außenpolitisch völlig unerfahrenen Eduard Schewardnadse am 2. Juli 1985 markierte für das Auswärtige Amt zwar „einen tiefen historischen Einschnitt“.⁷ Gleichwohl ging die westdeutsche Diplomatie auch in der sowjetischen Außenpolitik eher von Kontinuität als von einem Wandel aus: Die Sowjetunion setze weiterhin darauf, die westlichen Staaten von einer Unterstützung der US-amerikanischen Strategic Defense Initiative (SDI) abzuhalten und generell westeuropäisch-amerikanische Divergenzen auszunutzen. Die Bundesrepublik hatte jedoch 1983 mit der Stationierung von Mittelstreckenwaffen (Pershing-II-Raketen und landgestützten Marschflugkörpern) bewiesen, dass sie einer der treuesten Bündnispartner der Vereinigten Staaten war, so dass Bonn seine Position als bevorzugter Partner Moskaus verloren hatte. Registriert wurde ebenfalls, dass Gorbatschow bei seiner Besuchsdiplomatie in Westeuropa die Bundesregie-

3 Vgl. dazu Kastl an das Auswärtige Amt, 12.2.1984. In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1984, Dok. 42, S. 213 f.; Hans-Jürgen Meyer: Der unbekannte Gorbatschow. Seine Wahrnehmung durch das Auswärtige Amt am Beginn seiner Herrschaft, unveröffentlichtes Manuskript. Berlin 2020, S. 11.

4 Interview Thatchers für die BBC vom 17.12.1984, <https://www.margaretthatcher.org/document/105592> (10.11.2020).

5 Aufzeichnung Heyken, 20.12.1984. In: AAPD 1984, Dok. 353, S. 1612.

6 Aufzeichnung Heyken, 11.4.1985. In: AAPD 1985, Dok. 59, S. 338. Vgl. dazu auch die Erinnerungen des Verfassers der Aufzeichnung, Michael Libal: Blick vom Schreibtisch. Erinnerungen an drei Jahrzehnte deutscher Diplomatie 1971–2005. o. O. 2010, S. 89.

7 Aufzeichnung Heyken, 3.7.1985. In: AAPD 1985, Dok. 178, S. 945–951, das Zitat S. 946.

rung außen vor ließ, sich aber demonstrativ der SPD zuwandte – wohl in der Hoffnung auf deren Sieg bei der nächsten Bundestagswahl im Jahre 1987.⁸

Genscher teilte die grundsätzliche Skepsis seines Hauses gegenüber der neuen sowjetischen Führung. So erklärte er bei der Frühjahrskonferenz der NATO-Außenminister im Juni, dass man sich bei „der Beurteilung Gorbatschows und seiner politischen Zielsetzung in diesen Verhandlungen [gemeint waren die Genfer Rüstungskontrollverhandlungen im nuklearen Bereich; H.W.] [...] nicht von seinem äußeren Erscheinungsbild täuschen lassen“ dürfe; insgesamt gab er sich freilich begrenzt optimistisch über deren weiteren Verlauf.⁹ Der bundesdeutsche Botschafter in Moskau, Jörg Kastl, war seit März 1985 mit eher skeptischen, mehr die Kontinuitäten als die Brüche betonenden Einschätzungen sowjetischer Politik aufgefallen. Auch bei Jahresende ging er noch davon aus, dass Gorbatschow, wie seine Vorgänger, die westeuropäischen Staaten „ausschließlich durch die auf die USA fixierte Brille“ betrachte und daher die Bundesrepublik als deren engen Alliierten „weiterhin im Regen stehen lassen“ wolle. Er riet jedoch nicht zu mehr Entgegenkommen, sondern zu Festigkeit und Gelassenheit gegenüber Moskau.¹⁰ Dem stimmte Genscher zu und gab sich optimistisch, dass sich die Sowjetunion „der Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Lager und für das West-Ost-Verhältnis“ sicher bewusst sei.¹¹

Gleichzeitig setzte er allerdings einen eigenen Akzent. Bei der NATO-Frühjahrskonferenz hatte er ebenfalls festgestellt, dass Gorbatschow „möglicherweise besser als die vorangegangenen Führer erkannt [habe], daß die Sowjetunion wirtschaftlich und technologisch nicht auf der Höhe der Zeit sei und Wege und Mittel entwickeln müsse, um diesem auf die Dauer unerträglichen Nachteil zu begegnen“.¹² Bereits im November 1984 hatte der Leiter des Planungsstabs und Genscher-Vertraute, Norbert Seitz, eine Aufzeichnung anfertigen lassen, die den erheblichen sowjetischen Rückstand bei den zivilen Informationstechnologien auf mangelnde Innovationsfähigkeit, Wettbewerbsfeindlichkeit und fehlende Risikobereitschaft der sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaft zurückführte.¹³ Vor diesem Hintergrund ging auch Genscher davon aus, dass der Übergang zu dem von modernen Hochtechnologien geprägten Informationszeitalter die Sowjetunion vor größere Probleme stelle. Daraus werde sich ein „Zwang zur verstärkten wissenschaftlich-

8 Vgl. dazu, auf der Basis der AAPD, Wentker: Die Deutschen und Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 48 f. Bei SDI handelte es sich um das US-amerikanische Vorhaben, im Weltraum ein Raketenabwehrsystem zu etablieren.

9 Wieck an das Auswärtige Amt, 7.6.1985. In: AAPD 1985, Dok. 150, S. 786 f.

10 Kastl an das Auswärtige Amt, 23.12.1985. In: ebd., Dok. 354, S. 1879–1881.

11 Genscher an Kastl, 23.12.1985. In: ebd., S. 1881 f., Anm. 16.

12 Wieck an das Auswärtige Amt, 7.6.1985. In: ebd., Dok. 150, S. 786 f.

13 Aufzeichnung von Ministerialdirigent Seitz, 27.11.1984. In: AAPD 1984, Dok. 315, S. 1462–1464.

technologischen Kooperation mit dem Westen“ ergeben, der für die Bundesrepublik Handlungsoptionen gegenüber Moskau eröffne.¹⁴ Der Modernisierer Gorbatschow, der die Effizienz des sowjetischen Wirtschaftssystems steigern wolle, werde daher, so das Kalkül Genschers, über kurz oder lang mit dem Westen und insbesondere mit der Bundesrepublik ins Geschäft kommen. Daraus ergab sich auch ein gewisser Optimismus, langfristig die westdeutsch-sowjetischen Beziehungen stabilisieren zu können.

In dieser mehr die Chancen als die Risiken betonenden Einschätzung unterschieden sich Genscher und Bundeskanzler Helmut Kohl, die ansonsten in ihrer eher skeptischen Beurteilung Gorbatschows übereinstimmten und in diesem weniger einen Liberalen als einen Technokraten sahen, der zudem darauf aus war, das westliche Lager zu spalten. Gleichzeitig waren sie sich darüber im Klaren, dass Gorbatschow auf die Dauer die Bundesrepublik nicht mit Missachtung strafen könne, da er für seine Wirtschaftsreformen deren wirtschaftliche Unterstützung dringend benötige. Jedoch schätzte Kohl den Eindruck, den Gorbatschow medial vermittelte, als gefährlicher ein als der Außenminister.¹⁵ Die SPD-Führung hingegen betrachtete sich, nicht zuletzt aufgrund der Vorzugsbehandlung, die sie in Moskau genoss (und die sich in einer Reihe von Begegnungen von Egon Bahr, Willy Brandt und Johannes Rau mit Gorbatschow ausdrückte) als Partner des KPdSU-Generalsekretärs in der Bundesrepublik, die unter einer sozialdemokratischen Regierung weltpolitisch sehr viel besser dastehen würde als unter der Regierung Kohl-Genscher.¹⁶

II.

Am 18. April 1986 schlug Gorbatschow in seiner Rede auf dem SED-Parteitag in Ost-Berlin vor, „eine bedeutende Reduzierung“ aller zwischen dem Atlantik und dem Ural stationierten Land- und Luftstreitkräfte vorzunehmen, und er stellte dabei „erforderlichenfalls Inspektionen vor Ort“ in Aussicht.¹⁷

14 Aufzeichnung Peters, 5.7.1985. In: AAPD 1985, Dok. 183, S. 969. Durch die Ergebnisse eines Kolloquiums im Auswärtigen Amt mit Fachleuten am 28.11.1985 sah sich Genscher bestätigt: vgl. Aufzeichnung Bazing, 6.12.1985. In: ebd., Dok. 332, S. 1737–1741.

15 Zu Kohls Perzeption von Gorbatschow vgl. Hermann Wentker: Vom Gegner zum Partner. Gorbatschow und seine Politik im Urteil Helmut Kohls. In: Historisch-Politische Mitteilungen 22 (2015), S. 1–34, hier S. 2–8, und ders.: Die Deutschen und Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 51–55.

16 Zu diesen Begegnungen und zum Urteil der SPD-Führung vgl. ebd., S. 42–47, und Stefan Creuzberger: Willy Brandt und Michail Gorbatschow. Bemühungen um eine zweite „Neue Ostpolitik“, 1985–1990. Berlin 2015, S. 17–36.

17 Ansprache auf dem XI. Parteitag der SED, 18.4.1986. In: Michail Gorbatschow: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Bd. 3: Oktober 1985 – Juli 1986. Berlin (Ost) 1988, S. 414.

Genscher begrüßte diesen Vorschlag am 25. April im Bundestag, verfiel aber keineswegs in Euphorie. Insbesondere Gorbatschows Bereitschaft zu mehr Nachprüfbarkeit müsse „sich nun am Verhandlungstisch in Wien bei den MBFR-Verhandlungen bewähren“.¹⁸ Kurze Zeit später, auf dem G-7-Gipfel der westlichen Industriestaaten in Tokio vom 4. bis 6. Mai, äußerte er sich erneut zu dem Abrüstungsvorschlag: „Es kommt jetzt vor allem darauf an, Gorbatschow beim Wort zu nehmen und seine größere Offenheit bei der Verifikation, einschließlich Inspektionen vor Ort, am Verhandlungstisch zu testen.“¹⁹ Aus dem Zusammenhang geht hervor, dass mit dieser Formel (die kurz zuvor erstmals der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel benutzt hatte²⁰) noch kein grundlegender Perzeptionswandel verbunden war: Denn Genscher verband diese Aufforderung mit erheblicher Kritik, da er den Widerspruch zwischen den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion und ihrer Intransigenz am Verhandlungstisch sowie das Verhalten Moskaus nach dem Desaster von Tschernobyl rügte, das verdeutlicht habe, „daß die mangelnde Bereitschaft zu Transparenz und zur Verifikation systemimmanente Prozesse seien“. Er gab Gorbatschow damit folglich keinen Vertrauensvorschuss, sondern sprach sich lediglich für eine ergebnisoffene Prüfung seiner Vorschläge aus.²¹

Zwei Ereignisse in den folgenden Monaten führten indes bei Genscher zu einem Perzeptionswandel: ein persönliches Treffen mit Gorbatschow und der erfolgreiche Abschluss von Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen in Stockholm. Nach positiven Signalen Anfang April, dass Moskau an einer Wiederbelebung der Beziehungen zu Bonn gelegen war, gab Gorbatschow Ende Mai grünes Licht für einen Besuch Genschers in Moskau, der schließlich vom 20. bis zum 22. Juli 1986 stattfand.²² Wenngleich ursprünglich nur ein Treffen der Außenminister vorgesehen war, kam es am 21. Juli auch zu einem längeren Gespräch mit Gorbatschow. Letzterer begann mit den bekannten Vorwürfen an die Adresse der Bundesregierung, in sicherheitspolitischen Fragen der eifrigste Unterstützer der USA zu sein.

18 Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, 214. Sitzung am 25.4.1986, S. 16450 f. In den seit 1973 in Wien laufenden Verhandlungen über Mutual and Balanced Force Reductions (MBFR) ging es um die Reduzierung konventioneller Streitkräfte und Rüstungen in Europa.

19 Information über Vorstellungen von BRD-Außenminister Genscher zum Vorgehen des Westens in den Ost-West-Beziehungen, 29.5.1986, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), MfS, HVA, Nr. 41, Bl. 81–83.

20 Vogel hatte die Formel in der SPD-Fraktionssitzung am 22.4.1986 benutzt, in der er gegen die amerikanische Politik Stellung nahm, die die sowjetischen Teststopp-Angebote mit eigenen Atombombenversuchen beantwortete, und gesagt: „Es liegt vielmehr im wohlverstandenen Interesse des Westens, die Sowjetunion beim Wort zu nehmen und eigene Initiativen zu ergreifen.“ Archiv der sozialen Demokratie, 2/BTFJ000106.

21 Information über Vorstellungen von BRD-Außenminister Genscher (wie Anm. 19), BStU, MfS, HVA, Nr. 41, Bl. 81–83.

22 Zur Vorgeschichte vgl. Wentker: Die Deutschen und Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 144 f.

Aber nach einigem Hin und Herr ließ er Genscher wissen, dass er nicht beabsichtige, die Bundesrepublik von den USA zu trennen – „das wäre keine seriöse Politik“. Beide Gesprächspartner plädierten für einen Neuanfang: sowohl „in den West-Ost-Beziehungen“ (so Genscher) als auch in den west-deutsch-sowjetischen, bei denen man „eine neue Seite aufschlagen [wolle], nicht um zu vergessen, sondern um nach Wegen für eine bessere Zusammenarbeit zu suchen“ (so Gorbatschow). Das interpretierte Genscher seinen Erinnerungen zufolge als „grundlegenden Richtungswechsel der sowjetischen Politik“. Vielleicht noch wichtiger war für ihn das überraschende Eingeständnis Gorbatschows, bei der Entfaltung des eigenen Potenzials „viele Sorgen“ zu haben. Sein freimütiger Bericht über die Probleme der innersowjetischen Entwicklung und seine Bemerkung, auf Vieles noch keine Antwort zu haben, machten auf Genscher laut seinen Memoiren großen Eindruck, da er dies noch nie bei einem Moskauer Gesprächspartner erlebt habe, so dass er zu dem Schluss kam: „Hier war ein neuer Typ eines sowjetischen Führers.“²³

Genschers Perzeption der Sowjetunion hatte sich zwar gewandelt, nicht aber die des Auswärtigen Amts. Am beharrlichsten blieb Botschafter Kastl bei seiner die Kontinuität sowjetischer Außenpolitik betonenden Linie. Der Besuch des Ministers habe zwar eine atmosphärische Verbesserung bewirkt, aber Moskau habe sich „in den Kernfragen der Weltpolitik bislang um keinen Millimeter“ bewegt.²⁴ Anders der Leiter des Sowjetunion-Referats, Eberhard Heyken, dem zufolge die sowjetische Führung zu der Einsicht gelangt sei, „daß es auch ihren Interessen besser dient, uns freundlich zu behandeln“. Abteilungsleiter Gerold von Braunmühl goss etwas Wasser in den Wein, indem er in dem von Heyken konzipierten Bericht einfügte: „Die SU wird aber ein harter und schwieriger Gegner bleiben. Wir dürfen bzgl. der Wandlungsfähigkeit der Substanz der sowjetischen Innen- und Außenpolitik keine sehr großen Erwartungen hegen.“²⁵

Das zweite Ereignis, das Genscher zu einem Perzeptionswandel bewegte, war die erfolgreiche Beendigung der seit 1984 in Stockholm tagenden Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE). In diesem sicherheitspolitischen Forum aller KSZE-Teilnehmerstaaten ging es unter anderem um die Verpflichtung zur Ankündigung von Militärmanövern ab einer bestimmten Größe und zur Einladung von Manöverbeobachtern der Gegenseite. Hier hatte die sowjetische Seite

23 Von Braunmühl an das Auswärtige Amt, 22.7.1986. In: AAPD 1986, Dok. 209, S. 1090–1105, die Zitate (in dieser Reihenfolge) S. 1096, 1098, 1104, 1103; Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 493–504, die Zitate S. 497 f., 501.

24 Fernschreiben Botschaft Moskau an AA, 23.7.1986, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PA AA), ZA 139316E.

25 Aufzeichnung von Braunmühl, 25.7.1986. In: AAPD 1986, Dok. 218, S. 1157–1161, die Zitate S. 1160 f.

lange gemauert und sich geweigert, auf ihrem Territorium kurzfristig angesetzte Vor-Ort-Inspektionen zuzulassen. Am 19. September 1986 akzeptierte sie diese Verpflichtung jedoch und hatte damit, wie der westdeutsche Delegationsleiter schrieb, „das westliche Transparenzkonzept teilweise akzeptiert und [...] den Weg zu Rüstungskontrollvereinbarungen erleichtert“.²⁶ Genscher sah darin in seiner Erklärung vor dem Bundestag den wichtigsten Aspekt der ganzen Vereinbarung und fügte hinzu: „Obligatorische Vor-Ort-Inspektionen als zentrales Element wirksamer Verifikationsregeln sind damit anerkannt worden. Damit ist ein prinzipieller Durchbruch erreicht, dem für die gesamte Rüstungskontrolle Bedeutung zukommt.“²⁷ Jetzt lieferte die Sowjetunion aus Genschers Sicht das, was der Westen, gerade im Hinblick auf Abrüstungsvereinbarungen, immer wieder gefordert hatte: die Möglichkeit zu Inspektionen vor Ort im militärischen Bereich.

Das eröffnete aus seiner Sicht ebenfalls die Option, bei den anstehenden Abrüstungsverhandlungen Moskau weiter entgegenzukommen, als dies etwa das CDU-geführte Verteidigungsministerium vorhatte.²⁸ Auch das sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen in Reykjavik begrüßte er – sowohl vor dessen Beginn als auch nach dessen Scheitern. Im Bundestag bewertete Genscher am 6. November 1986 das Gipfeltreffen positiv und wies erneut auf die sowjetische Bereitschaft zur Verifikation hin – sowohl bei der KVAE als auch bei den laufenden INF-Verhandlungen.²⁹ Dies stand zwar in Kontinuität von Genschers „Vertrauensoffensive“ gegenüber dem Osten seit den 1970er Jahren³⁰, hatte nun aber auch ein Fundament in der Bewertung Gorbatschows als grundsätzlich vertrauenswürdigen Verhandlungspartners.

Damit entfernte sich der Außenminister jedoch von seinem Koalitionspartner – nicht nur von seinem Ministerkollegen im Verteidigungsministerium, sondern auch von Helmut Kohl, der in seinem Urteil über Gorbatschow

26 Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt. In: AAPD 1986, Dok. 253, S. 1337–1343, hier S. 1338. Vgl. Josef Holik: Die Rüstungskontrolle. Rückblick auf eine kurze Ära. Berlin 2008, S. 55 f. Das sowjetische Entgegenkommen war Holik zufolge auf das persönliche Eingreifen Gorbatschows zurückzuführen.

27 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 10. Wahlperiode, 238. Sitzung am 16.10.1986, S. 18325–18327. Schon am 26.9.1986 hatte Genscher gegenüber Schewardnadse gesagt, „daß das Ergebnis von Stockholm nicht hoch genug eingeschätzt werden könne“: Botschafter Ruth, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt, 26.9.1986. In: AAPD 1986, Dok. 265, S. 1391.

28 Zur Skepsis von Verteidigungsminister Wörner gegenüber der sowjetischen Militärmacht vgl. Wentker: Die Deutschen und Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 150.

29 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 10. Wahlperiode, 243. Sitzung am 6.11.1986, S. 18767 f. Es ging um nukleare Mittelstreckenwaffen, Intermediate Range Nuclear Forces (INF).

30 So Matthias Peter: Vertrauen als Ressource der Diplomatie. Die Bundesrepublik Deutschland im KSZE-Prozess. In: Reinhild Kreis (Hrsg.): Diplomatie mit Gefühl. Vertrauen, Misstrauen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Berlin u.a. 2015, S. 77 f.

weiterhin sehr zurückhaltend blieb. Nicht zuletzt war der Bundeskanzler darüber verärgert, dass der KPdSU-Generalsekretär den Westen mit Abrüstungsvorschlägen überzog und dadurch die Bundesregierung in die Defensive drängte. Vor diesem Hintergrund gab Kohl im Oktober ein Interview für die US-amerikanische Zeitschrift *Newsweek*, mit dem er Gorbatschow demaskieren und diesem medial etwas entgegensetzen wollte – ein Versuch, der gründlich misslang und zu einem „Kommunikationsdesaster“ wurde.³¹ Der Temperatursturz im westdeutsch-sowjetischen Verhältnis war gleichzeitig die Chance Genschers, der am 4. November 1986 anlässlich der Eröffnung des Wiener KSZE-Folgetreffens mit dem sowjetischen Außenminister zusammentraf. Trotz des Vorfalls und entsprechender Proteste schien Schewardnadse, so der Bericht aus Wien an das Auswärtige Amt, „bemüht, nach Wegen zu suchen, wie der Konflikt in beiderseitigem Interesse und, wie er betonte, der sowj[etischen] Bevölkerung gegenüber vertretbar, beigelegt werden könnte“.³² Genscher war über dessen insgesamt maßvolle Reaktion positiv überrascht, so dass er zu der Überzeugung kam, „daß die neue Führung der Sowjetunion aufrichtig auf eine engere Zusammenarbeit mit uns setze“. Im Nachhinein bezeichnete er das Treffen als eine seiner „eindrucksvollsten Begegnungen“ mit Schewardnadse, das ihm diesen „auch menschlich nahe[gebracht]“ habe.³³ Im Gespräch mit Schewardnadse verhielt sich Genscher völlig loyal gegenüber Kohl; danach konnte er die Nachricht mit nach Hause bringen, dass Moskau keine Eskalation beabsichtige.

III.

Doch Genscher wollte sich nach seinem Treffen mit dem sowjetischen Außenminister nicht darauf beschränken, die westdeutsch-sowjetischen Beziehungen wieder in ruhigeres Fahrwasser zu bringen. Er wollte vielmehr sowohl national als auch international für seinen Standpunkt werben, dass eine Zusammenarbeit mit der neuen sowjetischen Führung auch im westlichen Interesse sei. Daher ließ er im Herbst 1986 im Planungsstab des Auswärtigen Amts von dessen Leiter Konrad Seitz eine Rede für seinen Auftritt auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 1. Februar 1987 vorbereiten, wo erstmals

31 Vgl. dazu Wentker: Vom Gegner zum Partner (wie Anm. 15), S. 9 f. Für den Begriff „Kommunikationsdesaster“ vgl. Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012, S. 456.

32 Von Richthofen an Meyer-Landrut, 5.11.1986. In: AAPD 1986, Dok. 316, S. 1628.

33 Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 23), S. 517–522, die Zitate (in dieser Reihenfolge) S. 522, 517, 519.

auch eine sowjetische Delegation erwartet wurde.³⁴ Der Termin war geschickt gewählt: Nach den für den 25. Januar 1987 terminierten Bundestagswahlen, die er noch an der Seite Kohls gewinnen wollte, würde keine Notwendigkeit mehr bestehen, die Einigkeit der Koalitionsparteien zu demonstrieren, und er würde sich ungestraft vor internationalem Publikum deutlich von der Union und vom Kanzler absetzen können.³⁵

Als Vorarbeit zu der Rede, zu der bereits im Dezember ein erster Entwurf vorlag, kann auch eine Aufzeichnung des Planungsstabs vom 7. Januar gelten, in dem es um die sowjetische Neuinterpretation des Begriffs der friedlichen Koexistenz seit Gorbatschows Amtsübernahme ging. Abschließend wurde darin die Frage gestellt, ob man es „mit einer auf Außenwirkung berechneten Änderung in Stil und Präsentation sowjetischer Außenpolitik zu tun [habe], die unter der Parole ‚Friedenskampf statt Klassenkampf‘ die bekannten machtpolitischen Ziele in neuem Gewande verfolgt“, oder ob „es sich um eine tiefergehende Revision“ handle. Wenngleich eine definitive Antwort schwer falle und ein taktisches Manöver nicht ausgeschlossen werden könne, plädierten die Autoren dafür, die in dem sowjetischen außenpolitischen Neuansatz „enthaltenen Chancen [zu] sehen und [zu] erproben“.³⁶

In seiner Rede in Davos folgte der durch das für die FDP positive Wahlergebnis gestärkte Genscher³⁷ offensichtlich den Empfehlungen aus dieser Aufzeichnung. An seiner Interpretation, dass Gorbatschows zentrales Ziel „die Beschleunigung von Wachstum und technologischem Fortschritt“ sei, hatte sich nichts geändert. Es gehe „nicht um Demokratie nach westlichem Verständnis, sondern um Schaffung von größerer gesellschaftlicher Entfaltungsmöglichkeit in den Grenzen des Systems“, wozu Gorbatschow „Ruhe an der Außenfront“ benötige. Aufgrund der Abrüstungssignale und des beim Gipfeltreffen in Reykjavik auf beiden Seiten offenbarten, auf Kooperation ausgerichteten „Neuen Denkens“ ging Genscher von „Möglichkeiten einer neuen Entwicklung im West-Ost-Verhältnis“ aus, die es zu nutzen gelte. Er setzte, wie in der Vergangenheit, darauf, dass Gorbatschow für die Modernisierung der Sowjetunion mit dem Westen kooperieren müsse, woraus sich die Chance ergebe, eine „europäische Friedensordnung“ zu entwickeln, an

34 Ebd., S. 516. Zu Seitz und zur Entstehung der Rede vgl. auch Matthias Peter: Geplante Außenpolitik? Der Planungsstab des Auswärtigen Amts. In: Elke Seefried/Dierk Hoffmann (Hrsg.): Plan und Planung. Deutsch-deutsche Vorgriffe auf die Zukunft. Berlin/Boston 2018, S. 175 f.

35 Vgl. auch Genschers nachträgliche Äußerung, „er habe eine so wichtige Rede nicht in den Wahlkampf hineinkommen lassen“ wollen: Hans-Dietrich Genscher: Die Chance der Deutschen. Ein Gesprächsbuch. Hans-Dietrich Genscher im Gespräch mit Guido Knopp. München 2008, S. 129.

36 Aufzeichnung von Seitz, 7.1.1987. In: AAPD 1987, Dok. 2, S. 6–13, die Zitate S. 12. Seitz hatte die von Dieter Boden konzipierte Aufzeichnung unterzeichnet.

37 Während CDU und CSU bei den Wahlen zusammen auf 44,3 % der Stimmen kamen und gegenüber 1983 4,5 % verloren, legte die FDP von 7,0 % auf 9,1 % zu.

der die Bundesrepublik besonders interessiert sei, da nur in diesem Rahmen die Deutschen auch ihre „nationalen Interessen wahrnehmen“ könnten. Vor diesem Hintergrund endete er mit dem eingangs zitierten Aufruf, Gorbatschow ernst und beim Wort zu nehmen.³⁸

Im Auswärtigen Amt wurde indes Genschers Meinung nicht durchgehend geteilt. Der ehemalige Botschafter in Moskau, Jörg Kastl, der schon 1986 nicht an eine grundlegende Wandlung der sowjetischen Außenpolitik glauben wollte, verabschiedete sich im April 1987 in den Ruhestand und warf nun in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) Genscher vor, sich „beim westdeutschen Publikum beliebt“ machen zu wollen und verhehle seine Skepsis hinsichtlich Gorbatschows Außen- und Innenpolitik nicht.³⁹ Im Sowjetunion-Referat bemühte man sich zwar um eine differenziertere Sicht, die Gorbatschow einen genuine Modernisierungswillen zugestand, aber zugleich auf die Kontinuitäten sowjetischer Politik gegenüber Westeuropa verwies. So warnte der stellvertretende Referatsleiter Michael Libal vor zu großer Euphorie über Gorbatschows Vorstellung vom „gemeinsamen Haus Europa“, da er mit dieser Formel, etwas subtiler als seine Vorgänger, weiter das Ziel verfolge, die USA aus Europa zu verdrängen und Westeuropa zu dominieren. Auch mit Blick auf die Dritte Welt konstatierte Libal eine größere Flexibilität Gorbatschows, die aber nicht ausschließe, dass Moskau weiterhin militärisch dort präsent bleibe, wie etwa in Afghanistan.⁴⁰ Genscher hatte sich folglich mit seiner Rede auch von den Sowjetunion-Experten in seinem Ministerium abgesetzt.

Das galt in einem noch größeren Maße für seine Position im Hinblick auf den Koalitionspartner der FDP. Wenngleich er einen Tag nach der Wahl, am 26. Januar 1987, Helmut Kohl seiner „freundschaftliche[n] Verbundenheit“ versichert hatte⁴¹, distanzierte er sich mit seiner mehr die Chancen als die Risiken von Gorbatschows Außenpolitik betonenden Rede deutlich von diesem und weiten Kreisen der Union. Insgesamt nutzte der medial geschickte Außenminister, der es verstand, sich nicht nur mit Interviews „als entschei-

38 Rede vor dem „World Economic Forum“. In: Genscher: Unterwegs zur Einheit (wie Anm. 1), S. 142 f., 145, 149 f.

39 Jörg Kastl: Einen Schritt zurück, um zwei Schritte voran tun zu können. In: FAZ, 25.4.1987, S. 11.

40 Libal: Blick vom Schreibtisch (wie Anm. 6), S. 98 f.; Aufzeichnung AA., Betr.: Politische Rahmenbedingungen und Ziele des Staatsbesuches des Herrn Bundespräsidenten in der Sowjetunion, 17.6.1987, PA AA, ZA 147122E. Zu Libals Auffassung über die Innenpolitik Gorbatschows vgl. auch dessen unter Pseudonym veröffentlichten Artikel: Wenzel Daneil: Wandlungen einer Diktatur. Die Reformpolitik Gorbatschows und ihre Bedeutung für den Westen. In: Die neue Ordnung 41 (1987), S. 334–344.

41 Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl, 26.1.1987. In: AAPD 1987, Dok. 14, S. 60.

dender politischer Akteur in Szene zu setzen“⁴², den „Gorbatschow-Faktor“, um in die bundesdeutsche Öffentlichkeit hineinzuwirken und sich in der parteipolitischen Debatte zu profilieren. Indem er dabei die existierende Pro-Gorbatschow-Stimmung aufgriff und öffentlich darauf reagierte, gelang es ihm, die interessierte Öffentlichkeit ein Stück weit zu dominieren.

Wie zu erwarten, eckte der Außenminister bei führenden Unionspolitikern an, insbesondere bei Verteidigungsminister Manfred Wörner, der am 31. Januar 1987 auf der Wehrkundetagung in München zwar die Möglichkeit von Rüstungskontrollabkommen eingeräumt, sich aber insgesamt skeptisch gezeigt hatte angesichts der weiteren sowjetischen Rüstungsanstrengungen und des Fortbestehens des „alte[n] Gegensatz[es] zwischen der sowjetischen Abrüstungsrhetorik und der sowjetischen Rüstung“.⁴³ Letztlich blieb Gorbatschow für ihn ein gefährlicher Gegner, der erfolgreich sein Image als Friedensapostel aufgebaut hatte, um den Westen in die Irre zu führen. Daher empfahl auch er im weiteren Verlauf des Jahres, „Moskau beim Wort [zu] nehmen“, allerdings mit Blick auf die sowjetische konventionelle Angriffsfähigkeit.⁴⁴ Ähnlich wie Wörner hielt auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, die Sowjetunion aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit bei der Truppenstärke und der konventionellen Bewaffnung zu einer offensiven Kriegführung fähig, so dass auch er forderte, dass man Moskau hinsichtlich eines Abbaus der konventionellen Rüstung „beim Wort nehmen“ müsse.⁴⁵

Der Bundeskanzler blieb ebenfalls tendenziell misstrauisch gegenüber Gorbatschow. Nachdem dieser mit seiner Fernsehansprache vom 28. Februar 1987 den amerikanischen SDI-Verzicht von der Mittelstreckenproblematik

42 Vgl. dazu Agnes Bresselau von Bressendorf: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979–1982/83. Berlin/Boston 2015, das Zitat S. 70.

43 Sicherheitspolitische Perspektiven und Aufgaben des Nordatlantischen Bündnisses in sich verändernden West-Ost-Beziehungen. In: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, 14/1987, zit. nach <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/bulletin-1987-bis-1989/perspektiven-des-buendnisses-in-den-west-ost-beziehungen-red-e-des-bundesministers-der-verteidigung-auf-der-wehrkundetagung-in-muenchen-793954> (abgerufen am 12.11.2020). Vgl. dazu Michael Staack: Handelsstaat Deutschland. Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System. Paderborn 2000, S. 99 f., und, unter Bezugnahme auf Staack, Eckart Conze: Das Geheimnis des „Genscherismus“. Genese, Möglichkeiten und Grenzen eines außenpolitischen Konzepts. In: Kerstin Brauckhoff/Irmgard Schwaetzer (Hrsg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik. Wiesbaden 2015, S. 74 f. Conzes Vermutung, dass Genscher seine Rede in Davos bewusst einen Tag nach Wörners Auftritt hielt, ist angesichts von deren skizzierter Entstehungsgeschichte unwahrscheinlich.

44 Redefragment Wörners von 1987, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), NL Wörner, I-636–068/2.

45 Rede Dreggers vor der Clausewitz-Gesellschaft in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, 1.10.1987, ACDP, NL Dregger, I-347–014/1.

entkoppelt hatte⁴⁶, sagte Kohl zwar für dasselbe Jahr einen Vertragsabschluss zwischen den Supermächten voraus. Aber er mahnte vor dem Parteivorstand, dass die westdeutschen Interessen bei den Kurzstreckenraketen und im konventionellen Bereich ebenfalls berücksichtigt werden müssten.⁴⁷ Außerdem bestand er darauf, das Gesamtbild der Sowjetunion einschließlich der politischen Gefangenen, der Menschenrechte und der Minderheiten zu beachten und etwa mit Blick auf die Ausreisemöglichkeiten der Russlanddeutschen „Gorbatschow beim Wort [zu nehmen] und [zu fragen], wie sehen die Taten aus“.⁴⁸

Deutlich wird, wie intensiv die Unionspolitiker versuchten, Genschers Formel einen anderen Sinn zu geben. Dass sie aber dazu genau diese Formel verwandten, verweist darauf, dass Genscher einen öffentlichkeitswirksamen Slogan geprägt hatte. Der liberale Außenminister setzte sich, all diesen Bemühungen zum Trotz, 1987 in der parteipolitischen Debatte durch, was zum einen mit der Pro-Gorbatschow-Stimmung in der Öffentlichkeit zusammenhing.⁴⁹ Zum anderen ließ Gorbatschow aus Sicht der übergroßen Mehrheit der Westdeutschen seinen Ankündigungen mit der Unterzeichnung des INF-Vertrages am 8. Dezember 1987 wirklich Taten folgen – ein Vertrag, der nicht nur die Abschaffung einer ganzen Waffenkategorie, sondern auch die Überwachung von deren Zerstörung detailliert festhielt.⁵⁰

Im folgenden Jahr konnte Genscher öffentlich auf eine ganze Reihe von Indizien verweisen, die einen grundlegenden Wandel der sowjetischen Außenpolitik signalisierten: die im INF-Vertrag erreichte doppelte Null-Lösung bei den Mittelstreckenwaffen, den sowjetischen Abzug aus Afghanistan, die Bereitschaft zu Vor-Ort-Inspektionen und die kritische Auseinandersetzung mit der früheren Außenpolitik Moskaus. Das bestärkte ihn in der Auffassung, dass „von der Sowjetunion der Weg der Modernisierung der internationalen Beziehungen beschritten wird, mit Elementen einer kooperativen Philosophie“. Er sah sich daher mit seiner Aufforderung, Gorbatschow beim

46 Die Erklärung in: Michail Gorbatschow: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Bd. 4: Juli 1986-April 1987. Berlin (Ost) 1988, S. 492 ff. Eine Einigung in Reykjavik war gescheitert, weil US-Präsident Reagan auf der weiteren Erprobung von SDI bestand, Gorbatschow aber die Abschaffung der Mittelstreckenwaffen von einem amerikanischen Verzicht auf SDI abhängig gemacht hatte.

47 Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands. Bearb. von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 2014, S. 508 f. (4.3.1987); Protokoll der Fraktionssitzung am 10.3.1987, ACDP, 08–001–1081/1.

48 Kohl: Berichte zur Lage (wie Anm. 47), S. 524 (6.4.1987).

49 Zur öffentlichen Meinung mit Blick auf die Popularität Gorbatschows sowie die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik 1987 vgl. Wentker: Die Deutschen und Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 220 f.

50 Zum INF-Vertrag Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.): The INF Treaty. A Reappraisal. Göttingen 2020.

Wort zu nehmen, voll und ganz bestätigt und betonte, dass mit den genannten Schritten Moskaus „in wichtigen Fragen den Worten Taten gefolgt“ seien.⁵¹ Dies zusammen mit den von ihm als unumkehrbar eingeschätzten inneren Reformen fördere „die Vertrauensbildung und eine Stabilisierung der internationalen Beziehungen“.⁵²

Die Außenpolitiker der Unionsparteien wollten dies freilich nicht gelten lassen. In dem vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Volker Rühle herausgegebenen Band „Herausforderung Außenpolitik“ forderte dieser, dass Maßstab für die sowjetische Politik „weniger das ‚Neue Denken‘ und die Absichten [...], sondern die ‚Neuen Taten‘ der sowjetischen Führung“ sein sollten. Konkret verlangte Rühle die Verbesserung der Menschenrechtssituation, die Respektierung der Sicherheitsinteressen der Westeuropäer und den vollständigen Rückzug aus Afghanistan (über den bis weit ins Jahr 1988 noch Unklarheit herrschte). Hinzu kamen unter anderem die Forderung nach konventioneller Abrüstung von Karl Lamers und der Hinweis von Hans Peter Repnik, die Reformen Gorbatschows nicht mit der Einführung einer westlichen Demokratie zu verwechseln.⁵³ Den genannten Unionspolitikern ging es indes nicht nur um die Sache; darüber hinaus versuchten sie auch, mit der Herausstellung von mehr Realismus die eigene außenpolitische Kompetenz zu betonen und sich im Kampf um die Deutungshoheit in der Gorbatschow-Debatte durchzusetzen. Dabei hatten sie freilich, genauso wenig wie ihre älteren Parteifreunde im Jahr zuvor, angesichts der weiter wachsenden Zustimmung für den KPdSU-Generalsekretär, keine Chance.

IV.

Insgesamt verbesserten sich die westdeutsch-sowjetischen Beziehungen seit der Bundestagswahl von 1987, da Gorbatschow nun die Zeit gekommen sah, „die BRD aktiver anzugehen“.⁵⁴ Dabei trugen die Begegnungen Genschers mit Gorbatschow im Juli 1986 und im Juli 1987 (zusammen mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker) zum gegenseitigen Kennenlernen und zu

51 Rede bei der Tagung des Institute for East-West-Security Studies in Potsdam, 11.6.1988. In: Genscher: *Unterwegs zur Einheit* (wie Anm. 1), S. 153–169, die Zitate (in dieser Reihenfolge) S. 162, 160.

52 Hans-Dietrich Genscher: Bonn-Moskau. Chancen und Verantwortung. In: *Süddeutsche Zeitung*, 29.7.1988, S. 10.

53 Volker Rühle (Hrsg.): *Herausforderung Außenpolitik*. Die neue Generation der CDU/CSU meldet sich zu Wort. Herford 1988, das Zitat aus Rühles Aufsatz: *Herausforderungen an die deutsche Außenpolitik*, S. 28.

54 Direktiven Gorbatschows vom 2.2.1987 zur sowjetischen Deutschland- und Europapolitik (Auszug). In: Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (Hrsg.): *Michail Gorbatschow und die deutsche Frage*. Sowjetische Dokumente 1986–1991. München 2011, S. 26 f.

einem engeren Vertrauensverhältnis bei.⁵⁵ Genscher setzte gleichsam sein Ende der 1970er Jahre begonnenes Ringen um Vertrauen gegenüber der Sowjetunion (und deren Verbündeten) fort, nun aber mit deutlich besseren Erfolgsaussichten, da Gorbatschow und Schewardnadse gegenüber diesen Vorstößen sehr viel offener waren als ihre Vorgänger.

Das veranlasste Genscher wiederum, einen Schritt weiterzugehen. Als im Januar 1988 Schewardnadse zu politischen Gesprächen in Bonn weilte, lud Genscher diesen zu sich nach Hause ein, wo er ihn zusammen mit seiner Frau bewirtete. Im Anschluss verriet er der Presse, „mit Schewardnadse könne man richtige Dialoge führen“ – anders als mit dessen Vorgänger Gromyko.⁵⁶ Das Ehepaar Schewardnadse revanchierte sich bei den Genschers bei deren Besuch in Moskau im Juli 1988 mit einem privaten Abendessen⁵⁷, bei dem Genscher einen Witz auf Kosten Honeckers zum Besten gab. Schewardnadse erzählte ihn Gorbatschow weiter und auf dessen Wunsch auch dem Politbüro. Diese in der Vergangenheit undenkbaren Reaktionen waren für Genscher ein Signal dafür, „daß sich hier inzwischen sehr viel getan hatte“.⁵⁸ Solche Gesten und menschlichen Reaktionen verwiesen auf das bestehende Vertrauen und vertieften es weiter.

Höhepunkt von Genschers Moskau-Besuch, der die Visite des Bundeskanzlers im Oktober vorbereiten sollte, war ein Gespräch mit Gorbatschow am 30. Juli 1988, in dem er sich durch Gorbatschows Ausführungen über die XIX. Parteikonferenz⁵⁹ in seinen Aussagen über die Dynamik der sowjetischen Entwicklung in Richtung „Perestroika“ bestätigt fühlen musste. Gorbatschow dankte Genscher für dessen Beitrag zum INF-Abkommen, begrüßte dessen Überlegungen für ein gesamteuropäisches Haus, kritisierte aber die Zögerlichkeit der Bonner Regierungskoalition, entschlossen die Initiative zugunsten der Sowjetunion zu ergreifen. Hier konnte Genscher auf den bevorstehenden Besuch Kohls verweisen, in dessen Zusammenhang man sehr wohl bereit sei, „große Entscheidungen zu treffen, die es uns erlauben werden, unsere Beziehungen auf eine qualitativ neue Stufe zu heben“. Und die dafür günstige Atmosphäre entstehe in der Bundesrepublik „nicht zuletzt dank Ihrer Perestrojka“. Diese werde wärmstens begrüßt, und es herrsche

55 Zum Staatsbesuch von Weizsäckers vom 6. bis 10.7.1987 vgl. Wentker: Die Deutschen und Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 240 ff.

56 Udo Bergdoll: Vieldeutiges vom Kaukasier. In: Süddeutsche Zeitung, 20.1.1988, S. 3.

57 Reinhard Bettzuege: Hans-Dietrich Genscher – Eduard Schewardnadse. Das Prinzip Menschlichkeit. Bergisch-Gladbach 1994, S. 83.

58 Genscher: Die Chance der Deutschen (wie Anm. 35), S. 137 ff., das Zitat S. 139.

59 Die XIX. Allunions-Parteikonferenz der KPdSU (28.6.–1.7.1988) war ein entscheidender Schritt zur Demokratisierung des Systems, da sie unter anderem die Einberufung eines Volksdeputiertenkongresses beschloss, der aus halbfreien Wahlen hervorgehen sollte.

auch keine Angst mehr vor einer starken, reformierten Sowjetunion.⁶⁰ Insgesamt wollte Genscher mit diesen Worten Gorbatschow das Gefühl vermitteln, dass er der Bundesregierung vertrauen könne. Bei dem im Oktober folgenden Besuch Kohls in Moskau fasste schließlich auch der Kanzler Vertrauen in den mächtigsten Mann der Sowjetunion, nicht zuletzt weil er nun fest entschlossen war, mit Gorbatschow ins Geschäft zu kommen und die bilateralen Beziehungen auf allen Ebenen zu verbessern.⁶¹ Genscher hatte einen wichtigen Anteil daran.

Als nach dem Moskauer Gipfel der Bundestag Bilanz zog, konnte sich Genscher bestätigt fühlen: Denn die Bundesregierung war seinem Aufruf, Gorbatschow beim Wort zu nehmen und zu unterstützen, auf ganzer Linie gefolgt. Er verwies auf den engen Zusammenhang zwischen den sowjetischen Reformen und dem Wandel der West-Ost-Beziehungen und mahnte für die Zukunft an, „keine Berührungängste“ zu haben: „Gerade in einer Zeit, in der unsere Gesellschaftsordnung eine immer größere Anziehungskraft ausübt“, sei das völlig unangebracht.⁶² Die Sowjetunion befand sich für Genscher auf Reformkurs und öffnete sich westlichen Ideen; andererseits war sie gegenüber dem Westen im Nachteil, weil sie nicht über eine vergleichbare Anziehungskraft verfügte.

V.

Trotz einer deutlichen Verbesserung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau kämpfte Kohl weiterhin mit einem zentralen Problem. Im Juni 1986 hatte er zusammen mit Verteidigungsminister Wörner eine Verlängerung des Wehrdiensts auf 18 Monate durchgesetzt, um die Stärke der Bundeswehr langfristig bei 495.000 Mann zu halten. Und laut Neufassung des Wehrpflichtgesetzes sollte die Verlängerung zum 1. Juni 1989 in Kraft treten.⁶³ Je näher der Termin rückte, desto mehr nahmen Kohl und die Unionspolitiker wachsenden Unmut dagegen wahr. Denn Gorbatschow schien mit seiner auf Frieden und Abrüstung ausgerichteten Politik einen solchen Schritt in den Augen der Öffentlichkeit unnötig zu machen. Angesichts der schwindenden Bedrohungswahrnehmung in der Bevölkerung stand daher, wie Elisabeth

60 Gespräch Gorbatschows mit Genscher, 30.7.1988. In: Galkin/Tschernjajew: Gorbatschow (wie Anm. 54), S. 95–104, die Zitate S. 100.

61 Vgl. Wentker: Vom Gegner zum Partner (wie Anm. 15), S. 17–20.

62 Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 11. Wahlperiode, 106. Sitzung am 10.11.1988, S. 7302.

63 Neufassung des Wehrpflichtgesetzes vom 13.6.1986. In: Bundesanzeiger, 20.6.1986, S. 882. Für die Datierung der Wehrpflichtverlängerung danke ich Herrn Oberst Dr. Gerhard Groß vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaft der Bundeswehr, Potsdam.

Noelle-Neumann vom Institut für Demoskopie Allensbach im Juli 1988 schrieb, die bundesdeutsche „Verteidigungspolitik vor einem wachsenden Akzeptanz-Problem“.⁶⁴ Kohl und Wörner schafften es zwar, in der Nordatlantischen Versammlung im November 1988 zwei Entschlüsse durchzubringen, denen zufolge man weiterhin gegenüber sowjetischen Bekundungen Vorsicht walten lassen und die konventionelle und nukleare Verteidigung nicht vernachlässigen wolle.⁶⁵ Gorbatschow nahm ihnen jedoch mit einem spektakulären Auftritt vor den Vereinten Nationen am 7. November 1988 den Wind aus den Segeln. Hier stellte er in Aussicht, innerhalb von zwei Jahren die sowjetischen Truppen einseitig um 500.000 Mann zu verringern und sechs Panzerdivisionen mit 50.000 Mann und 5.000 Panzern aus der DDR, der ČSSR und Ungarn abzuziehen und aufzulösen. Auch im europäischen Teil der Sowjetunion sollten die Streitkräfte und ihre Bewaffnung reduziert werden: Insgesamt ging es um die Abrüstung von 10.000 Panzern, 8.500 Artilleriesystemen und 800 Kampfflugzeugen im östlichen Europa.⁶⁶ Sowohl das Auswärtige Amt als auch das Verteidigungsministerium sahen darin ernst gemeinte Abrüstungsschritte, die die Offensivfähigkeit der sowjetischen Streitkräfte wirkungsvoll beeinträchtigten.⁶⁷ Genscher riet dazu, die sich daraus ergebenden Chancen „beherzt“ zu nutzen und sah darin einen weiteren Beleg dafür, dass Gorbatschow seinen Worten Taten folgen lasse: „An der Ernsthaftigkeit seines Willens zur Abrüstung und zur Zusammenarbeit sei nicht zu zweifeln.“⁶⁸ Und in einem privaten Brief an den ehemaligen Staatssekretär Berndt von Staden schrieb er mit Bezug auf Gorbatschows Abrüstungsankündigungen: „Gorbatschow läßt seinen Worten Taten folgen! In dem Maße, wie das geschieht, wird die Sowjetunion zu einem stabileren und berechenbareren Partner.“⁶⁹ Kohl und der Nachfolger Wörners, Rupert Scholz (CDU), wollten zwar vorerst an einer Wehrdienstverlängerung fest-

64 Elisabeth Noelle-Neumann: Wenn das Gefühl der Bedrohung schwindet. In: FAZ, 22.7.1988, S. 6. Zum Hintergrund vgl. Wentker: Die Deutschen und Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 389–392.

65 Bundesrat: Drucksache 642/88, 28.12.1988: Unterrichtung durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung über die Plenarsitzung der Nordatlantischen Versammlung am 17. und 18. November in Hamburg, Entschließung 195 (1988) betr. das Atlantische Bündnis und den „Gorbatschow-Effekt“ in der öffentlichen Meinung im Westen, S. 25; Entschließung 203 (1988) betr. Gorbatschows Herausforderung für das Bündnis, S. 31 f.

66 Rede Gorbatschows vom 7.12.1988. In: Europa-Archiv 44 (1989), D34 f.

67 Aufzeichnung Heyken, 8.8.1988. In: AAPD 1988, Dok. 357, S. 1855–1858, hier S. 1857; [Aufzeichnung BMVg] Rede des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow vor der 43. UN-Generalversammlung am 7.12.1988, PA AA, ZA 143588E. Aus der Umgebung des Vorgangs geht hervor, dass die Aufzeichnung aus dem Bundesverteidigungsministerium (BMVg) stammt.

68 Zit. nach: Kohl begrüßt vor allem Truppenabzug aus der DDR. In: Süddeutsche Zeitung, 9.12.1988, S. 2.

69 Genscher an von Staden, 7.2.1989, PA AA, ZA 257749E.

halten; als aber eine Umfrage im Februar 1989 ergab, dass 70 Prozent der Bevölkerung diese Maßnahme aufgrund der geschwundenen Bedrohung ablehnten, und die FDP damit drohte, die Wehrdienstzeit zum Wahlkampfthema zu machen, vollzog der Kanzler Mitte April eine Kehrtwende: Die Wehrdienstverlängerung wurde ausgesetzt und auf den 1. Juni 1992 verschoben.⁷⁰ Genscher hatte es vermocht, mit Hilfe der öffentlichen Meinung eine politische Entscheidung der Bundesregierung herbeizuführen, die ganz und gar nicht im Sinne des Bundeskanzlers war.

Auch als nach dem INF-Vertrag über eine Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenraketen der NATO vom Typ Lance diskutiert wurde, machte sich Genscher zum Fürsprecher derjenigen, die diese um jeden Preis verhindern wollten. Denn er sorgte sich darüber, dass diese „die überfällige Modernisierung des politischen Denkens behindern und einen aussichtsreichen Prozeß gefährden würde“ – und damit meinte er sowohl die weltweite Détente als auch die Reformprozesse in Osteuropa und der Sowjetunion.⁷¹ Überdies handle es sich um Waffen, die nur auf dem Gebiet der beiden deutschen Staaten eingesetzt und die Bundesrepublik im Bündnis weiter isolieren würden.⁷² Die Union war in dieser Frage gespalten. Alfred Dregger etwa hatte schon 1987 im Bundestag die Auffassung vertreten: „Je kürzer die Reichweiten, um so deutscher die Zerstörung.“⁷³ Demgegenüber hatte Wörner ausdrücklich auf den Zusammenhang zwischen der Invasionsfähigkeit des Warschauer Pakts „und der Notwendigkeit [für die NATO verwiesen], über taktische Atomwaffen zu verfügen“.⁷⁴ An diesen Meinungsunterschieden hatte sich Anfang 1989 noch nichts grundlegend geändert. In der Öffentlichkeit herrschte indes weiterhin die Meinung vor, dass Nuklearwaffen in Europa grundsätzlich friedensgefährdend seien. Vor diesem Hintergrund gelang es Genscher zunächst am 20. Dezember 1988, die Regierungskoalition auf eine Verschiebung der Modernisierungsentscheidung auf Anfang der 1990er Jahre festzulegen; am 20. April 1989 einigte sich die Regierungskoalition auf eine möglichst baldige Aufnahme von Verhandlungen, um bei den Kurzstreckenraketen zu gleichen Obergrenzen auf niedrigem Niveau zu kommen. Im Bündnis verursachte dies zwar erhebliche Spannungen, da Washington

70 Vgl. Wentker: Die Deutschen und Gorbatschow (wie Anm. 2), S. 393 f.

71 Zit. nach Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 23), S. 612. Vgl. auch Stephen F. Szabo: Lotse im europäischen Gezeitenwechsel – Genscher und die Vorboten der großen Wende (1985–1989). In: Hans-Dieter Lucas (Hrsg.): Genscher, Deutschland und Europa. Baden-Baden 2002, S. 255 f.; Frank Elbe: „Je kürzer die Reichweite, umso toter die Deutschen.“ In: Brauckhoff/Schwaetzer (Hrsg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik (wie Anm. 43), S. 167.

72 Vgl. Staack: Handelsstaat Deutschland (wie Anm. 43), S. 146.

73 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 11. Wahlperiode, 10. Sitzung, 7.5.1987, S. 538.

74 Protokoll der CDU/CSU-Fraktionssitzung am 10.11.1987, ACDP 08–001–1083/2.

und London weiter auf eine Modernisierung drängten; die Bonner Position konnte aber auf der NATO-Tagung am 29./30. Mai 1989 durchgesetzt werden.⁷⁵

Genscher obsiegte in Bonn gegenüber der Union zum einen, weil ihn auch die Opposition unterstützte, zum anderen aber aufgrund der öffentlichen Meinung: 79 Prozent der Bundesbürger machten sich laut einer Emnid-Befragung im Februar keine Sorgen mehr über eine Bedrohung aus dem Osten.⁷⁶ Und da es nicht zuletzt Genscher und der Bundesregierung auf der NATO-Tagung gelang, den drohenden Beschluss zur Modernisierung der Short-Range Nuclear Forces (SNF) auf 1992 zu verschieben, bewertete auch Moskau die westdeutsch-sowjetischen Beziehungen äußerst positiv. Das sollte sich nicht nur auf den Gorbatschow-Besuch in Bonn im Juni 1989, sondern auch auf das bilaterale Verhältnis während des turbulenten Vereinigungsjahres auswirken.

VI.

Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, dass die sich wandelnde Perception Gorbatschows, die persönlichen, zunehmend vertrauensvollen westdeutsch-sowjetischen Beziehungen auf höchster Ebene und die parteipolitische Debatte untrennbar miteinander verbunden waren. Genscher nahm in allen drei Zusammenhängen eine günstige Ausgangsposition ein: Als Außenminister verfügte er über einen Informationsvorsprung gegenüber anderen, und als prominentes Mitglied des FDP-Bundesvorstands behauptete er sich innerhalb der Partei und in der parteipolitischen Auseinandersetzung. Dabei war er medial äußerst versiert, hatte die Öffentlichkeitsarbeit im Auswärtigen Amt neu strukturiert und setzte sich gekonnt in Szene. All dies kam ihm auch in der Gorbatschow-Debatte zwischen 1985 und 1989 zugute.

So hatte er den richtigen „Riecher“, als er trotz grundsätzlicher Skepsis gegenüber der Sowjetunion bereits 1985 darauf setzte, dass diese langfristig aufgrund ihres technologischen Rückstands die Kooperation mit der Bundesrepublik suchen werde. Sowohl aus den erfolgreichen KVAE-Verhandlungen als auch aus der Offenheit Gorbatschows im Hinblick auf seine innenpolitischen Probleme schloss Genscher bereits 1986, dass sich die neue sowjeti-

75 Vgl. Michael Broer: Die nuklearen Kurzstreckenwaffen in Europa. Eine Analyse des deutsch-amerikanischen Streits über die Einbeziehung der SRINF in den INF-Vertrag und die SNF-Kontroverse. Frankfurt a. M. u. a. 1993, S. 203, 243, 235 f., 247–249.

76 Fünfte Partei in den Bundestag? Spiegel-Umfrage über die politische Situation im Monat Februar. In: Der Spiegel, 27.2.1989, S. 51. Vgl. auch Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 23), S. 614, demzufolge „eine Bundesregierung, die sich anders verhalten hätte, keine Mehrheit gehabt hätte, nicht im Deutschen Bundestag und nicht im Volk.“

sche Führung in ihrer außenpolitischen Ausrichtung grundlegend gewandelt hatte. Als er im Februar 1987, nach Kohls „Kommunikationsdesaster“, mit der Aufforderung: „Nehmen wir Gorbatschow beim Wort“, vor dem Hintergrund seiner Einschätzung wagemutig nach vorne preschte, gelang es ihm, auch den öffentlichen Diskurs zu prägen. Dabei half die allgemeine Pro-Gorbatschow-Stimmung, gegen die die Unionspolitiker mit ihrer Sicht der Dinge und mit ihren nicht unberechtigten Mahnungen keine Chance hatten. Für den weiteren Verlauf der Debatte war entscheidend, dass Gorbatschow seinen Worten auch Taten folgen ließ: Genannt seien insbesondere der INF-Vertrag vom Dezember 1987 und seine Rede vor den Vereinten Nationen fast genau ein Jahr später. Das bestätigte Genscher, der sein Bestes getan hatte, um Vertrauen zu Gorbatschow und Schewardnadse aufzubauen; auch der zögerliche Kohl folgte ihm darin nach seinem Moskau-Besuch 1988. Wie zuletzt gezeigt, wirkte sich dies nicht nur auf die Debatte, sondern auch auf zwei wichtige politische Entscheidungen aus, die als Niederlagen der Unionsparteien zu bewerten sind. Gleichzeitig trugen diese dazu bei, das westdeutsch-sowjetische Verhältnis 1989 grundlegend zu verbessern und die Bedeutung Bonns für Moskau zu erhöhen. Das waren wichtige Voraussetzungen für die 1989/90 folgenden zwar schwierigen, aber insgesamt erfolgreichen Verhandlungen zur deutschen Einheit.

